

# Pressespiegel

## „Wir wollen wohnen!“

### Inhalt

Übersicht Aktionen .....	1
Wohnungskrise in NRW spitzt sich zu. ....	6
Bündnis fordert mehr Durchgriff gegen überteuerte Mieten .....	8
Sozialverbände: Kommunen in NRW müssen bezahlbares Wohnen fördern .....	9
Mieterbund setzt sich vor der Kommunalwahl für bezahlbares Wohnen ein .....	10
Teures Wohnen in NRW: "Ein Demokratieproblem" .....	11
Wohnungsnot in NRW: Wer kann sich diese Mieten leisten? .....	12
Bündnis: Bezahlbarer Wohnraum muss Priorität in Kommunen werden .....	14
Bündnis fordert mehr bezahlbaren Wohnraum in Leverkusen .....	15
Mieten in Unna stiegen in vier Jahren um 21 % – Bis 2030 fällt mehr als jede dritte Sozialwohnung aus der Preisbindung .....	16
„Das Thema Wohnen muss aus dem Markt genommen werden“ .....	18
Mieterbund fordert Parteien zum Handeln auf .....	19
Wohnungskrise in Düsseldorf spitzt sich zu. Gemeinsam mit dem Bündnis „Wir wollen wohnen!“ fordern wir eine soziale Wohnungspolitik in den Kommunen. ....	20
Bochum: Mieten stark gestiegen .....	21

[1]

# „Wir wollen wohnen!“

## Übersicht Aktionen

### Aktion am 27.08.2025

Münster

**Podiumsdiskussion** | SpecOps, Aegidiimarkt 5

### Aktionen am 29.08.2025

Bochum

**Kundgebung** | Platz des Europäischen Versprechens

Bonn

**Infostand** | Friesdorfer Str. 55, Bonn

Dortmund

**Kundgebung** | Chemnitzerstr / Hakenstr

Essen

**Aktionsstand** | Marktkirche

Frechen

**Aktionsstand** | Rathausnähe

Kevelaer

**Aktionsstand mit Kommunalpolitik** | "Neuland" Hauptstr 26

[2]

## **Aktionen am 30.08.2025**

Düsseldorf

**Aktionsstand** | Shadowplatz

Herford

Münsterkirchplatz

Kevelaer

**Aktionsstand mit Kommunalpolitik** | "Neuland" Hauptstr 26

Krefeld

**Begehung mit der Politik: Fokus barrierefreies Wohnen**

Quartier Glockenspitz, Nachbarschaftstreff „Dä Nobber“

Gütersloh

**Diskussionsrunde** | Stadthalle, Friedrichstr 10

**SOWIE**

**Fotoaktionen in Aachen, Bielefeld, Hagen, Iserlohn, Köln, Leverkusen, Lüdenscheid, Neuss, Paderborn, Siegen und Unna.**

[3]



[4]



[5]

<p><b>Aachen</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 17% gestiegen.</p>	<p><b>Bonn</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 23% gestiegen.</p>	<p><b>Enger</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 24% gestiegen.</p>
<p><b>Bochum</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 20% gestiegen.</p>	<p><b>Bonn</b></p> <p>Hier fallen bis 2030 50% der Sozialwohnungen weg.</p>	<p><b>Essen</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 19% gestiegen.</p>
<p><b>Bielefeld</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 17% gestiegen.</p>	<p><b>Bünde</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 22% gestiegen.</p>	<p><b>Essen</b></p> <p>Hier fallen bis 2030 42% der Sozialwohnungen weg.</p>
<p><b>Dortmund</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 17% gestiegen.</p>	<p><b>Frechen</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 20% gestiegen.</p>	<p><b>Herford</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 25% gestiegen.</p>
<p><b>Dortmund</b></p> <p>Hier fallen bis 2030 41% der Sozialwohnungen weg.</p>	<p><b>Gütersloh</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 17% gestiegen.</p>	<p><b>Iserlohn</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 17% gestiegen.</p>
<p><b>Düsseldorf</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 24% gestiegen.</p>	<p><b>Hagen</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 21% gestiegen.</p>	<p><b>Kleve</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 20% gestiegen.</p>
<p><b>Köln</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 21% gestiegen.</p>	<p><b>Löhne</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 27% gestiegen.</p>	<p><b>Siegen</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 16% gestiegen.</p>
<p><b>Krefeld</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 26% gestiegen.</p>	<p><b>Lüdenscheid</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 13% gestiegen.</p>	<p><b>Unna</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 21% gestiegen.</p>
<p><b>Leverkusen</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 18% gestiegen.</p>	<p><b>Neuss</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 22% gestiegen.</p>	<p><b>Vlotho</b></p> <p>Hier sind die Mieten seit 2021 um 29% gestiegen.</p>

[6]

# Presseschau

## Wohnungskrise in NRW spitzt sich zu.

**Das Bündnis „Wir wollen wohnen!“ fordert eine soziale Wohnungspolitik in den Kommunen.**

### Gemeinsame Pressemeldung

Düsseldorf, 26.08.2025 | Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit, auch in NRW. Die Mieten steigen, Sozialwohnungen verschwinden, und Menschen mit geringem Einkommen werden verdrängt. Seit 2021 sind die Mieten in den meisten Großstädten NRWs um mehr als 20 Prozent gestiegen, wie Zahlen der Empirica Preisdatenbank zeigen. Der Bestand an Sozialwohnungen ist von 1,3 Millionen (1990) auf aktuell 422.000 gesunken. Bis 2030 fallen nach Berechnungen der NRW-Bank rund 40 Prozent dieser Wohnungen aus der Preisbindung. Zudem liegt die Leerstandsquote mit landesweit 1,4 Prozent unter den von Fachleuten empfohlenen 3 Prozent, was auf einen angespannten Wohnungsmarkt hindeutet. 2024 wurden in NRW 122.170 wohnungslose Menschen offiziell erfasst. Mit einem Plus von 13.500 im Vergleich zum Vorjahr ist das ein neuer Höchststand.

„Das Thema Wohnen gehört ganz oben auf die kommunalpolitische Agenda“, betont Hans-Jochem Witzke, Sprecher des Bündnisses „Wir wollen wohnen!“ und Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes NRW. „Wer zur Kommunalwahl antritt, muss sagen, wie er oder sie bezahlbares Wohnen sichern will und kann nicht nur auf Bund und Land verweisen. Alle politischen Ebenen können und müssen ihren Beitrag für bezahlbares Wohnen leisten.“

Zwar sind Bund und Länder für das Mietrecht und die Finanzierung der sozialen Wohnraumförderung verantwortlich, doch auch die Kommunen verfügen über Instrumente eine soziale Wohnungspolitik zu stärken.

„Eine wichtige Stellschraube für eine soziale kommunale Wohnungspolitik sind die kommunalen Wohnungsunternehmen. Der öffentliche Wohnungsbau muss ausgeweitet werden und kommunale Unternehmen dürfen nicht zur Sanierung des Haushaltes herangezogen werden. Zudem kann die Kommune bei Neubauprojekten Vorgaben zum Anteil von Sozialwohnungen machen. Eine Quote von 50 Prozent ist notwendig, da in den kommenden Jahren viele Sozialwohnungen aus der Preisbindung fallen“, so Witzke weiter.

[7]

Für die Wohlfahrts- und Sozialverbände erklärt der Münsteraner Diözesan-Caritasdirektor Dominique Hopfenzitz: „Mit großer Sorge sehen wir die wachsende Zahl der Wohnungslosen. Wir brauchen ein flächendeckendes Netz an Fachberatungsstellen und soziale Wohnraumagenturen.“ Die Kommunen müssten für ihre Sozialbauten verbindliche Belegungsquoten für wohnungslose Menschen festlegen. Nach der Kommunalwahl müssten die neuen Stadträte und Kreistage diese Aufgabe konkret angehen. „Die erfolgreiche Landesinitiative ‚Endlich ein Zuhause‘ muss vor Ort dauerhaft gesichert und in den kommunalen Haushalten verankert werden.“ Mit Blick auf Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und Sinnesbehinderungen ergänzt er: „In den Quartieren müssen konsequent Barrieren abgebaut werden – das gilt natürlich für den Bau barrierefreier Wohnungen aber eben auch für wohnortnahe soziale Infrastruktur, damit vulnerable Gruppen lange in der eigenen Wohnung und dem vertrauten Wohnumfeld leben können.“

Um die Dringlichkeit einer sozialen Wohnungspolitik in den Kommunen zu betonen, werden in über 20 Städten in NRW in den kommenden Tagen Aktionen und Infoveranstaltungen stattfinden.

Eine Übersicht zu den Aktionen finden Sie unter [www.wir-wollen-wohnen-nrw.de](http://www.wir-wollen-wohnen-nrw.de)

Das NRW-Aktionsbündnis „Wir wollen wohnen!“ ist ein Zusammenschluss bestehend aus Deutscher Mieterbund NRW e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund NRW, Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW e.V., Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt NRW, Caritas in NRW, Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V., Sozialverband Deutschland NRW e.V., Sozialverband VdK NRW e.V. Wir setzen uns ein für den Erhalt und den Ausbau des Mieterschutzes in NRW und für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum.



[8]

## Bündnis fordert mehr Durchgriff gegen über- teuerte Mieten

**Bezahlbarer Wohnraum ist im «Mieterland Nordrhein-Westfalen» schwer zu finden.**

**dpa; gleichlautend: Süddeutsche Zeitung, Die Zeit**

26. August 2025: Die Wohnungskrise in Nordrhein-Westfalen spitzt sich aus Sicht von Mieterschützern, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften zu. Seit 2021 seien die Mieten in den meisten Großstädten Nordrhein-Westfalens laut Preisdatenbank des Forschungsinstituts Empirica um mehr als 20 Prozent gestiegen, kritisierte das Bündnis «Wir wollen Wohnen».

### **150 Quadratmeter, vier Arbeitszimmer – für ein Rentnerpaar**

Solche Kostensteigerungen könne auch die beste Tarifpolitik nicht mehr auffangen, stellte die Landeschefin des am Bündnis beteiligten Deutschen Gewerkschaftsbunds, Anja Weber, fest. «Die Mieten gehen durch die Decke und sind für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einfach nicht mehr tragbar.» Das sei eines der drängendsten Themen.

### **Kaum bezahlbare Großstadt-Wohnungen für Normalverdiener**

Politik dürfe nicht länger hinnehmen, dass Wohnen in Köln, Düsseldorf, Münster oder Bonn immer mehr zum Privileg für Besserverdienende werde, während viele Berufsgruppen, wie etwa Erzieherinnen, lange Pendelwege in Kauf nehmen müssten, forderte die Gewerkschafterin. Selbst mit zwei Gehältern sei es für Durchschnittsfamilien mit Kindern kaum mehr möglich, noch Eigentum zu bilden, sagte der Landesvorsitzende des Deutschen Mieterbundes, Hans-Jochem Witzke.

### **Wie die Wohnungsaufsicht Mieter besser schützen könnte**

Er forderte die kommunale Wohnungsaufsicht auf, die Mieter stärker zu unterstützen. Mittel wie die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenze gegen überteuerte Forderungen würden viel zu wenig beachtet und nachgehalten, kritisierte Witzke. «Wir erwarten von den Stadtverwaltungen, dass die bei Verstößen auch mithelfen.»

Das könne etwa durch Auswertung von Inseraten geschehen, wo unzulässig hohe Mieten aufgerufen werden. Dazu gehöre aber auch, Fällen nachzugehen, wo Eigenbedarf vorgeschoben werde, um Mietern zu kündigen. «Solche Dinge haben wir immer wieder», berichtete der Mieterschützer.

### **Luxussanierung oder Abriss**

Hinzu komme die sogenannte Verwertungskündigung. Hier kauften Leute mit sehr viel Geld Wohnungsbestände. «Und dann gehen die neuen Eigentümer hin, rechnen sich arm und erklären, dass

[9]

sie mit der Wohnbevölkerung nur Defizite machen und sie entweder Luxusmodernisieren oder eben den Bestand abreißen und Neubauten errichten müssen», erklärte Witzke. «Die sind dann sicherlich nicht für diejenigen, die auf diese Weise vertrieben werden.»

### **Obdachlose haben keine Lobby auf dem Wohnungsmarkt**

Das gelte nicht zuletzt für mehr als 122.000 Wohnungslose, die offiziell in NRW erfasst seien, sagte der Münsteraner Diözesan-Caritasdirektor Dominique Hopfenzitz. Darunter seien rund 9.700 Obdachlose, die ohne zeitweiligen Unterschlupf bei Bekannten oder in Einrichtungen tatsächlich auf der Straße lebten. Er forderte von den Kommunen, verbindliche Belegungsquoten für Wohnungslose festzulegen und ausreichend Notfallhilfe, Streetworker und Beratungsstellen vorzuhalten.

In den kommenden Tagen will das Bündnis mit Aktionen in mehr als 20 Städten auf die Problematik aufmerksam machen. Die SPD-Opposition unterstützte die Forderungen nach einer stärkeren Mietpreisbremse, einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft und mehr Hilfe für die kommunale Wohnungswirtschaft.

## **Sozialverbände: Kommunen in NRW müssen bezahlbares Wohnen fördern**

**Höhere Mieten, weniger Sozialwohnungen: Verbände in NRW schlagen Alarm - und fordern von Städten und Gemeinden mehr Einsatz für bezahlbares Wohnen.**

### **Katholische Nachrichtenagentur (KNA)**

26.08.2025: Vor der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen fordern Sozialverbände von den Städten und Gemeinden mehr Anstrengungen für bezahlbares Wohnen. Zwar seien Bund und Länder für das Mietrecht und die Finanzierung der sozialen Wohnraumförderung verantwortlich, erklärte das Bündnis "Wir wollen wohnen!" am Dienstag in Düsseldorf. Doch auch die Kommunen verfügten über Instrumente, eine soziale Wohnungspolitik zu stärken.

"Das Thema Wohnen gehört ganz oben auf die kommunalpolitische Agenda", erklärte der Bündnis-Sprecher und Vorsitzende des Deutschen Mieterbundes NRW, Hans-Jochem Witzke. "Wer zur Kommunalwahl antritt, muss sagen, wie er oder sie bezahlbares Wohnen sichern will und kann nicht nur auf Bund und Land verweisen." In NRW werden am 14. September neue politische Vertretungen für Gemeinden, Städte und Landkreise gewählt. Neben dem Mieterbund gehören die Landesverbände des Sozialverbands Deutschland, der Caritas und des Deutschen Gewerkschaftsbunds dem Bündnis an.

[10]

### **Mieten seit 2021 um 20 Prozent gestiegen**

Der öffentliche Wohnungsbau sei auszuweiten, kommunale Unternehmen dürften nicht zur Sanierung des Haushaltes herangezogen werden, forderte das Bündnis. Zudem könnten Kommunen bei Neubauprojekten den Anteil von Sozialwohnungen festlegen. "Eine Quote von 50 Prozent ist notwendig", so Witzke.

Der Zusammenschluss wies darauf hin, dass seit 2021 die Mieten in den meisten Großstädten von NRW um mehr als 20 Prozent gestiegen seien. Die Zahl der Sozialwohnungen sei von 1,3 Millionen im Jahr 1990 auf aktuell 422.000 gesunken. Bis 2030 fielen laut NRW-Bank rund 40 Prozent dieser Wohnungen aus der Preisbindung. Zudem liege die Leerstandsquote mit landesweit 1,4 Prozent unter den von Fachleuten empfohlenen 3 Prozent, was auf einen angespannten Wohnungsmarkt hindeute.

### **Wachsende Zahl Wohnungsloser**

"Mit großer Sorge sehen wir die wachsende Zahl der Wohnungslosen", so der Münsteraner Diözesan-Caritasdirektor Dominique Hopfenzitz. Die Kommunen müssten für ihre Sozialbauten verbindliche Belegungsquoten für wohnungslose Menschen festlegen. 2024 wurden den Angaben zufolge in NRW 122.170 wohnungslose Menschen offiziell erfasst - ein Plus von 13.500 im Vergleich zum Vorjahr und ein neuer Höchststand.

Die Politik dürfe nicht weiter hinnehmen, dass Wohnen in Köln, Düsseldorf oder Münster zum Privileg für Besserverdienende werde, sagte die Vorsitzende des DGB NRW, Anja Weber. Selbst Familien mit zwei guten Gehältern kämen kaum auf einen grünen Zweig, weil sie keinen angemessenen Wohnraum fänden.

## **Mieterbund setzt sich vor der Kommunalwahl für bezahlbares Wohnen ein**

### **Radio Gütersloh**

26.08.2025: Der Deutsche Mieterbund will Wohnen zum Wahlkampf-Thema machen. Der Mieterbund tourt mit seinem Bündnis „WIR WOLLEN WOHNEN“ durch ganz OWL. Dabei sind auch Stationen in Gütersloh, Bielefeld, Herford und Paderborn geplant. Die Kommunalwahl findet am 14. September statt.

Der Mieterbund hält bezahlbares Wohnen für ein wichtiges Thema im Kommunalwahlkampf. Wer sich zur Wahl stelle, müsse auch sagen können, wie er oder sie bezahlbares Wohnen sichern wolle,

[11]

betont Bündnis-Sprecher Hans-Jochem Witzke. Kommunale Wohnungsunternehmen hält er für eine wichtige Stellschraube in Sachen kommunale Wohnungspolitik.

Kommende Woche Mittwoch (03.09.) plant das Bündnis eine Diskussionsveranstaltung vor der Gütersloher Stadthalle.

## Teures Wohnen in NRW: "Ein Demokratieproblem"

**Hohe Mieten, fehlende Wohnungen. Das ist auch Thema im Kommunalwahlkampf. Ein Bündnis aus Mieterbund, DGB und Sozialverbänden fordert schnell konkrete Maßnahmen in NRW.**

### WDR

26.08.2025: Das Bündnis "Wir wollen Wohnen" fordert vor den NRW-Kommunalwahlen am 14. September zeitnah mehr bezahlbaren Wohnraum. "Die Kommunen unterstützen die Mieterinnen und Mieter in aller Regel zu wenig", sagte Mieterbund-Landeschef Hans-Jochem Witzke am Dienstag. Er forderte eine strengere Wohnungsaufsicht gegen "unzulässig hohe Mieten". Auch gegen "vorgeschobene Eigenbedarfskündigungen" sollten Städte mehr tun.

Insgesamt acht Organisationen stehen hinter dem Bündnis - darunter der DGB sowie Sozialverbände. Seit 1990 sinkt die Zahl der Sozialwohnungen in NRW - und das bei steigenden Mieten gerade in Großstädten. Die Probleme sind alles andere als neu - aber die Tonlage verschärft sich. Die 6.700 zuletzt neu hinzugekommenen Sozialwohnungen seien "lächerlich wenig", so Witzke.

Kommunale Wohnungsunternehmen sollten mehr bauen, forderte der Landeschef des Mieterbunds. Aber auch das Land müsse mehr machen, so Witzke, um die Städte und Gemeinden dabei finanziell besser auszustatten. Und auch der "Bau-Turbo" des Bundes habe noch nicht gezündet.

### "Unsicherheit und Ungerechtigkeitsgefühl"

Die schwarz-grüne Landesregierung müsse ihre "halbherzige" Haltung beim Wohnungsbau überwinden, fordert DGB-Landeschefin Anja Weber.

Die Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Anja Weber, sprach mit Blick auf die "immer prekärere" Lage am Wohnungsmarkt von einem "Demokratieproblem". Der Staat müsse sich endlich kümmern. Gerade für Arbeitnehmer seien Mieten, "die durch die Decke gehen", nicht

[12]

mehr tragbar. In NRW seien die Mieten in Großstädten in den letzten vier Jahren um 20 Prozent gestiegen.

Eine Kollegin habe erzählt, so Weber, dass von den Erzieherinnen in ihrer Kita in Düsseldorf "keine einzige mehr in Düsseldorf wohnt". Die Beschäftigten pendeln, da sie sich die Landeshauptstadt "einfach nicht mehr leisten können". Die "Unsicherheit und das Ungerechtigkeitsempfinden" prägen laut Weber das Lebensgefühl der jüngeren Generation. Die DGB-Chefin forderte unter anderem mehr Azubi-Wohnheime in NRW-Großstädten.

Es sei "besonders alarmierend", dass es allein 2023 in NRW 9.000 Zwangsräumungen gegeben habe, sagte Dominique Hopfenzitz für die Wohlfahrts- und Sozialverbände. Er forderte mehr Hilfen für Wohnungslose.

[Über dieses Thema berichtet der WDR am 26.08.2025 auch in der Sendung Westblick bei WDR5.](#)

## Wohnungsnot in NRW: Wer kann sich diese Mieten leisten?

**NRW kämpft mit Wohnungsnot: Sozialwohnungen fallen aus der Preisbindung, Mieten steigen um 20 Prozent in Großstädten. | Bündnis 'Wir wollen wohnen!' fordert Landeswohnungsbaugesellschaft und stärkere Mietpreisbremse. | Landesregierung sieht öffentliche Wohnraumförderung auf Rekordhoch. | Mieter-schützer, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände werfen dem Land NRW und vielen Städten vor, den Kampf gegen die Wohnungsnot zu vernachlässigen.**

### WAZ

26.08.2025: „Der Mangel an Wohnraum führt zu ständig steigenden Mieten. Außerdem fallen immer mehr geförderte Wohnungen aus der Mietpreisbindung. Wir haben nur noch 420.000 Sozialwohnungen in NRW, und bis 2030 werden davon rund 40 Prozent aus der Preisbindung fallen“, warnte am Dienstag Hans-Jochem Witzke, Sprecher des Bündnisses „Wir wollen wohnen!“ und Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes NRW. Im Jahr 1990 habe es in NRW noch 1,3 Millionen Sozialwohnungen gegeben.

**„20 Prozent Mietsteigerung. Das kann auch die beste Tarifpolitik nicht mehr auffangen“**

[13]

„In NRW sind allein in den letzten vier Jahren die Großstadt-Mieten um 20 Prozent gestiegen. Das kann auch die beste Tarifpolitik nicht mehr auffangen“, sagte die Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Anja Weber. Die Mieten gingen mancherorts „durch die Decke“ und setzten auch viele Normalverdiener unter Druck. „Die Landesregierung muss ihre halbherzige Haltung überwinden und mehr tun“, so Weber. NRW benötige eine Landeswohnungsbaugesellschaft und müsse die Mietpreisbremse stärker vorantreiben. Der freie Markt habe es jedenfalls nicht gerichtet.

„Die Mieten gehen durch die Decke und sind für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kaum mehr tragbar. Deshalb ist die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum eines der drängendsten sozialpolitischen Themen überhaupt“, sagt DGB-Landeschefin Anja Weber.

### **Sozialverbände warnen: Mehr Wohnungslose in NRW**

Der Münsteraner Diözesan-Caritasdirektor Dominique Hopfenzitz wies für die Wohlfahrts- und Sozialverbände auf vielen wohnungslosen Menschen in NRW hin. Von 2023 auf 2024 sei ihre Zahl um 12,5 Prozent auf 122.000 gestiegen. Als wohnungslos gelten Männer und Frauen, die dauerhaft keine Wohnung haben und in Sammelunterkünften oder bei Bekannten schlafen.

Um vor der Kommunalwahl in NRW die Dringlichkeit einer sozialeren Wohnungspolitik zu betonen, organisiert das Bündnis „Wir wollen wohnen!“ in über 20 Städten in NRW in den kommenden Tagen Aktionen. In dem Bündnis engagieren sich der Deutsche Mieterbund, der DGB, die Arbeiterwohlfahrt, der Paritätische, Caritas, Diakonie, VdK und der Sozialverband SoVD.

### **NRW-Landesregierung sieht öffentliche Wohnraumförderung auf „historischem Hoch“**

Parallel dazu veranstalten das NRW-Bauministerium und die Wohnungswirtschaft Ende August Aktionstage, die zeigen sollen, warum die öffentliche Wohnraumförderung Nordrhein-Westfalen zum „place to bau“ mache.

„Rekordmittel, offene Türen, neue Perspektiven – die öffentliche Wohnraumförderung in NRW ist auf einem historischen Hoch, teilte NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) am Dienstag mit. Noch nie sei das Interesse am öffentlichen Wohnungsbau so groß gewesen wie heute.

Arndt Klocke, Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion für Bauen und Wohnen, sagte: „Bezahlbares Wohnen ist vielerorts die soziale Frage unserer Zeit. Als schwarz-grüne Koalition haben wir deshalb die Wohnraumförderung im vergangenen Jahr auf nun 10,5 Milliarden bis 2027 aufgestockt, ein bundesweiter Rekordwert. Auch haben wir für mehr Mieterschutz gesorgt, 57 statt vorher 18 Kommunen profitieren nun von der Schutzverordnung.“

Die Vorsitzende der NRW-SPD, Sarah Philipp, warf der schwarz-grünen Landesregierung vor, der Wohnungsnot „hilf- und tatenlos“ zuzusehen. „Sie bekommt den Mietpreisanstieg durch ihr halbherziges Handeln so nicht in den Griff.“ Die SPD schließt sich den Kernforderungen des Bündnisses an: wirksame Mietpreisbremse, Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft und Unterstützung der kommunalen Wohnungswirtschaft.

[14]

## Bündnis: Bezahlbarer Wohnraum muss Priorität in Kommunen werden

### Evangelische Zeitung

26.08.2025: Ein Bündnis von Verbänden fordert von den Städten und Gemeinden, sich stärker für bezahlbaren Wohnraum einzusetzen. Hohe Mieten, besonders in Großstädten, würden zu Verunsicherung in der Gesellschaft führen, sagte die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds in NRW, Anja Weber, am Dienstag in Düsseldorf. Das könne die Demokratie gefährden. Der DGB NRW gehört mit sieben weiteren Organisationen zum Bündnis „Wir wollen wohnen!“.

Das Thema gehöre „ganz oben auf die kommunalpolitische Agenda“, sagte der Bündnissprecher und Vorsitzende des Mieterbunds NRW Hans-Jochem Witzke mit Blick auf die Kommunalwahl am 14. September. Der Mieterbund forderte, in NRW müssten jährlich 80.000 neue Wohnungen gebaut werden, davon 25.000 Sozialwohnungen.

Weber beklagte, Erzieherinnen in Kitas, Polizistinnen, Feuerwehrleute oder Lehrer können sich mit ihren Gehältern die Mieten in den Großstädten nicht mehr leisten. Selbst Familien mit zwei guten Einkommen hätten es in Städten wie Köln, Essen oder Düsseldorf oft schwer. In diesen Städten zu wohnen, dürfe aber „kein Privileg für Besserverdienende sein“. Die Wohnungsnot wirke sich auch auf den Arbeitsmarkt aus, sagte die Gewerkschafterin. Der Fachkräftemangel verschärfe sich, wenn Arbeitskräfte keine Wohnung für sich und ihre Familien finden. Das Bündnis plant für Freitag und Samstag Aktionen und Infoveranstaltungen in 20 Städten, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Allein in den vergangenen vier Jahren seien die Mieten in vielen NRW-Großstädten um rund 20 Prozent gestiegen, erklärte das Bündnis. Dabei stünden immer weniger Sozialwohnungen zu Verfügung, aktuell nur noch 422.000 in ganz NRW, sagte Mieterbund-Chef Witzke.

Die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt trifft dem Bündnis zufolge auch besonders Auszubildende hart. Manche Städte, wie Aachen, versuchten mit Wohnheimen die Wohnungsnot der Berufseinsteiger zu lindern. Städte und Gemeinden könnten die Wohnungsnot bekämpfen, indem sie mehr Wohnungen bauen, neue Grundstücke bezahlbar machen und zur Pacht ausweisen würden. Das Bündnis forderte zudem, Betrug – etwa bei Kündigungen aus Eigenbedarf – stärker zu verfolgen.

Zum Bündnis „Wir wollen wohnen“ gehören neben dem DGB und dem Mieterbund NRW auch das Diakonische Werk Rheinland-Westfalen-Lippe, die Landesverbände des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, der Arbeiterwohlfahrt, der Caritas, des Sozialverbands Deutschland und des Sozialverbands VdK.

[15]

## Bündnis fordert mehr bezahlbaren Wohnraum in Leverkusen

**Ein Bündnis von Sozialverbänden, dem Deutschen Mieterbund NRW und dem DGB in NRW fordert vor der Kommunalwahl mehr sozialen Wohnungsbau in der Stadt.**

### Kölner Stadtanzeiger

28.08.2025: Kurz vor der Kommunalwahl machen Sozialverbände, der Mieterbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund mit dem Bündnis „Wir wollen wohnen!“ Druck auf die Kommunen, damit mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht. Auch in Leverkusen, so das Bündnis, seien die Mieten seit 2021 um durchschnittlich 18 Prozent gestiegen. Die Leerstandsquote bei Mietwohnungen liege in der Stadt bei nur 1,1 Prozent, also unter den von Fachleuten empfohlenen drei Prozent, heißt es in einer Pressemitteilung des Bündnisses. Das deute auf einen angespannten Wohnungsmarkt hin.

Nach einer Studie der landeseigenen NRW-Förderbank fällt bis 2030 knapp ein Drittel aller Sozialwohnungen aus der Preisbindung (29,1 Prozent). Diese Wohnungen können dann zu Marktpreisen vermietet werden. Jochem Witzke, Sprecher des Bündnisses und Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes NRW, sieht die Stadt und die Bewerber um kommunalpolitische Mandate hier in der Pflicht. „Das Thema Wohnen gehört ganz oben auf die kommunalpolitische Agenda. Wer zur Kommunalwahl antritt, muss sagen, wie er oder sie bezahlbares Wohnen sichern will und kann nicht nur auf Bund und Land verweisen.“

Der öffentliche Wohnungsbau müsse von kommunalen Wohnungsbauunternehmen ausgeweitet werden. Das weiß man auch bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WGL. Allerdings beklagt die WGL, dass das öffentliche Fördergeld für den sozialen Wohnungsbau nicht ausreiche. Zudem ist das Unternehmen selbst sehr damit beschäftigt, die Zahl ihrer barrierefreien Wohnungen im Bestand zu vergrößern – angesichts der alternden Mieterinnen und Mieter ein wichtiges Ziel.

Manuela Küpper, Geschäftsführerin des Mietervereins Leverkusen, fordert angesichts einer wachsenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die von ihren Mietkosten überfordert sind, den Kampf gegen Wohnungslosigkeit zu intensivieren. „Präventiv Wohnungsverluste zu vermeiden, ist erstes Mittel der Wahl. Falls das nicht möglich ist, schnell eine neue Wohnung zu beschaffen, braucht es ein strukturiertes Angebot bei uns in Leverkusen. Die Landesinitiative 'Endlich ein Zuhause' bietet beides erfolgreich. Wir sehen den nächsten Stadtrat in der Pflicht, das Angebot nachhaltig im kommunalen Haushalt zu verankern“, so Küpper laut der Mitteilung des Bündnisses.

[16]

## Mieten in Unna stiegen in vier Jahren um 21 % – Bis 2030 fällt mehr als jede dritte Sozialwohnung aus der Preisbindung

**„Die Wohnungskrise in Unna spitzt sich zu“, warnt das Bündnis „Wir wollen wohnen!“. Es fordert eine soziale Wohnungspolitik in den Kommunen.**

**PM: Mieterverein Unna / G. Bendiks**

30.08.2025: „Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit, auch in Unna. Doch die Mieten steigen, Sozialwohnungen verschwinden, und Menschen mit geringem Einkommen werden verdrängt“, erklärt das Bündnis.

„Seit 2021 sind die Mieten in Unna um 21% Prozent gestiegen, wie Zahlen der Empirica Preisdatenbank zeigen. Zudem liegt die Leerstandsquote mit 1,20 Prozent unter den von Fachleuten empfohlenen 3 Prozent, was auf einen angespannten Wohnungsmarkt hindeutet.

Dass sich die Lage ohne entschlossenes politisches Handeln weiter verschärfen wird, zeigt eine Studie der NRW.Bank: Hiernach fallen bis 2030 über 36 Prozent der Sozialwohnungen in Unna aus der Preisbindung und können dann zu Marktpreisen vermietet werden.

„Das Thema Wohnen gehört ganz oben auf die kommunalpolitische Agenda“, betont Gerd Bendiks vom Mieterverein Kreis Unna. „Wer zur Kommunalwahl antritt, muss sagen, wie er oder sie bezahlbares Wohnen sichern will und kann nicht nur auf Bund und Land verweisen. Alle politischen Ebenen können und müssen ihren Beitrag für bezahlbares Wohnen leisten.“

Bendiks tritt selbst für die Unnaer SPD bei der Kommunalwahl an. Durch seine Arbeit beim Mieterverein weiß er: „Zwar sind Bund und Länder für das Mietrecht und die Finanzierung der sozialen Wohnraumförderung verantwortlich. Doch auch die Kommune verfügt über Instrumente, eine soziale Wohnungspolitik zu stärken.“

Eine wichtige Stellschraube für eine soziale kommunale Wohnungspolitik sei die kreiseigene Unnaer Kreis-Bau- und Siedlungsgesellschaft (UKBS). Der öffentliche Wohnungsbau müsse ausgeweitet werden und solle allein der Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum dienen.

„Zudem kann die Kommune bei Neubauprojekten Vorgaben zum Anteil von Sozialwohnungen machen“, so Bendiks.

[17]

„In Unna fallen bis 2030 mehr als ein Drittel der Sozialwohnungen, bis 2035 mehr als die Hälfte, weg. Wir brauchen mindestens 30 % als verbindlichen Standard in allen Projekten. Und überall, wo die Stadt selbst steuert, müssen wir deutlich drüber gehen.“

Er warnt: „Zu uns kommen immer mehr Menschen, die mit ihren Wohnkosten überfordert sind – nicht nur wegen steigender Kaltmieten, sondern auch durch massiv gestiegene Energiekosten. In der Summe führt das zu einer Gesamtbelastung, die für viele Haushalte kaum noch tragbar ist.“

### **Hintergrund:**

Die Mietsteigerungen beziehen sich auf die Angebotsmieten. Sie sind ein Indikator für die Preisdynamik des Mietwohnungsmarktes und spiegeln die aktuelle Marktlage wider. Stark steigende Angebotsmieten erschweren Umzüge und Mobilität; sie führen dazu, dass

Menschen weite Pendelwege zur Arbeit zurücklegen und / oder in Wohnungen bleiben, die nicht zu ihrer Lebenssituation passen.

Mit Leerstand ist hier der marktaktive Leerstand gemeint. Das bedeutet, dass diese Wohnungen innerhalb von drei Monaten bezugsfertig sind. Eine Leerstandsquote von etwa 3 Prozent wird als Indikator eines „gesunden Wohnungsmarktes“ gesehen. Schon geringe Abweichungen nach unten erhöhen den Konkurrenzdruck bei der Wohnungssuche. Besonders für Menschen mit wenig Einkommen oder ohne festen Wohnsitz verschärft das die Situation erheblich.

Die Zahlen sind den neuesten Zensusdaten von 2022 entnommen. Die Angaben zum Sozialwohnungsbestand beziehen sich auf den Zeitraum von 2024 bis 2030. In vielen Fällen werden weniger Sozialwohnungen gebaut als aus der Bindung fallen, weswegen der Bestand weiter abnimmt.

Das NRW-Aktionsbündnis „Wir wollen wohnen!“ ist ein Zusammenschluss bestehend aus Deutscher Mieterbund NRW e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund NRW, Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW e.V., Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt NRW, Caritas in NRW, Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V., Sozialverband Deutschland NRW e.V., Sozialverband VdK NRW e.V. Er setzt sich ein für den Erhalt und den Ausbau des Mieterschutzes in NRW und für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum.

[www.wir-wollen-wohnen-nrw.de](http://www.wir-wollen-wohnen-nrw.de)

[18]

## „Das Thema Wohnen muss aus dem Markt genommen werden“

**Auf dem Corneliusplatz hatte sich das NRW-weite Aktionsbündnis "Wir wollen wohnen!" postiert. Zeitgleich fanden ähnliche Aktionen in 22 weiteren Städten in Nordrhein-Westfalen statt.**

### RP Online

30.08.2025: In der Landeshauptstadt sind die Angebotsmieten bei Neuvermietungen seit 2021 um knapp ein Viertel gestiegen. Das belegen Daten des Berliner Forschungs- und Beratungsinstituts Empirica, welches die Zahlen von Inseraten in einer Datenbank sammelt. Trotz geltender Mietpreisbremse, die eigentlich nur eine Erhöhung von zehn Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete bei Neuvermietungen erlaubt, wie Hans-Jochem Witzke erklärt, Sprecher des Bündnisses „Wir wollen wohnen!“. Am Samstag hatte sich das NRW-weite Aktionsbündnis auf dem Corneliusplatz postiert, um kurz vor der Kommunalwahl noch einmal auf die Dringlichkeit der Problematik hinzuweisen. „Das Thema Wohnen gehört ganz oben auf die kommunalpolitische Agenda“, so Witzke. „Wer zur Kommunalwahl antritt, muss sagen, wie er oder sie bezahlbares Wohnen sichern will und kann nicht nur auf Bund und Land verweisen.“

Alle demokratischen Parteien habe man dazu noch einmal angeschrieben, von allen sei eine Rückmeldung gekommen. Oberbürgermeister Stephan Keller (CDU) habe etwa darauf verwiesen, dass im Falle einer gesteigerten Angebotsmiete von mehr als 20 Prozent eine Ordnungswidrigkeit vorliege und die Wohnungsaufsicht tätig werde. Aber dafür brauche es auch genügend Personal, um solche Fälle ahnden zu können, so Witzke. Der Mieterverein, dessen erster Vorsitzender er gleichzeitig ist, hat dafür ein Online-Tool entwickelt, um Verstöße gegen die Mietpreisbremse berechnen und aufdecken zu können – und per Klick direkt der Wohnungsaufsicht zu melden.

„Wir fordern, dass die Milieuschutzsatzungen rechtsfest gesichert und ausgeweitet werden. Zudem sollten alle Bestandsmieten in Düsseldorf in den Mietspiegel einbezogen werden“, sagte Jochen Boettgenbach von der Caritas, die ebenfalls Teil des Bündnisses ist. Bislang gelten als Basis für den Mietspiegel, der als gesetzlicher Orientierungswert gilt, nur die vereinbarten Mieten der vergangenen sechs Jahre in Düsseldorf ein. Die oftmals noch günstigeren Mieten aus Altverträgen würden somit rausfallen und die Preise hoch halten.

Das Problem könnte sich einer Studie der NRW-Bank zufolge weiter zuspitzen. Demnach fallen bis 2030 knapp die Hälfte der derzeitigen Sozialwohnungen in Düsseldorf aus der Preisbindung und könnten dann zu Marktpreisen vermietet werden. Das Thema Wohnen müsse daher aus dem Markt genommen werden, so Pater Wolfgang Sieffert von der Altstadt-Armenküche, die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in Zukunft deutlich mehr selber bauen. „Und finanziell und personell

[19]

etwa so ausgestattet werden, dass sie mindestens 500 Wohnungen im Jahr neu errichten können“, sagt Sieffert.

## Mieterbund fordert Parteien zum Handeln auf

**Steigende Mietpreise bei gleichzeitigem Mangel an Wohnraum macht es besonders Geringverdienern und Familien schwer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Der Mieterbund OWL in Bielefeld fordert jetzt eine soziale Wohnungspolitik in den Kommunen.**

### Westfalenblatt

02.09.2025: Der Verein, der rund 20.000 Mitglieder in der Region vertritt, ist Teil des bundesweiten Bündnisses „Wir wollen wohnen“, das jetzt zum gleichnamigen Aktionstag auf die schwierige Lage aufmerksam macht.

„Bezahlbaren Wohnraum zu finden, das ist seit langer Zeit eine Herausforderung“, sagt Regina Kopp-Herr, frühere SPD-Landtagsabgeordnete und jetzt Vorsitzende des Mieterbundes OWL. „Das merken auch die Berater des Vereins.“

Der Mieterbund kümmert sich um die Interessen von Mietern. Die Zahl der Mitglieder sei in den vergangenen fünf Jahren drastisch gestiegen, sagt auch Geschäftsführerin Sarah Nagel. „Denn die Lage spitze sich zu, was wir täglich erleben ist die Verzweiflung der Menschen, die sich beraten lassen“.

Seit 2021 seien die Mieten um 17 Prozent gestiegen. Dazu kommen höhere Nebenkosten, etwa durch Energiepreissteigerung. Maximal 30 Prozent sollten Haushalte fürs Wohnen ausgeben müssen, inzwischen liege der Wert eher bei 50 Prozent.

Ein Gradmesser ist auch die Leerstandsquote, die anzeigt, ob der Wohnungsmarkt einer Kommune entspannt ist und eine gewisse Verfügbarkeit vorliegt. Dafür müsse er bei etwa drei Prozent liegen, sagt Regina Kopp-Herr.

Tatsächlich liege die Leerstandsquote bei nur 1,55 Prozent - ein Signal für den Mangel an Wohnungen. Die Folge für viele Mieter sei, so Sarah Nagel, dass sie Wohnungen trotz Mängeln nicht aufgeben könnten, weil Alternativen fehlen, dass sie keine größeren Wohnungen finden, wenn sich Nachwuchs einstellt.

[20]

Studierende, Azubis, auch Ältere, die plötzlich auf Barrierefreiheit angewiesen sind, bekommen die angespannte Lage zu spüren, weiß auch Mieterbund- Vorstand Thomas Möller.

Alarmiert ist das Bündnis „Wir wollen wohnen“ auch deshalb, weil bis 2030 etwa 36,8 Prozent der Sozialwohnungen in Bielefeld aus der Preisbindung fallen.

Diese Wohnungen könnten dann zu Marktpreisen vermietet werden. Das Bündnis, zu dem in NRW neben dem Mieterbund auch der DGB, Der Paritätische, AWO, Caritas, Diakonie, VdK und SoVD gehören, sieht bei den Kommunen daher Handlungsbedarf.

Und weil der jährliche Aktionstag in den Kommunalwahlkampf fällt, fordert das Bündnis die Parteien auf, sich für bezahlbares Wohnen einzusetzen und das

In Bielefeld sei die Situation im Verhältnis zu anderen Kommunen der Region noch vergleichsweise gut, weil hier große Genossenschaften wie die Freie Scholle und Akteure wie die städtische BGW einen großen Teil der gut 12.000 Sozialwohnungen beisteuern.

Dort, wo vor allem gewinnorientierte Vermieter aktiv sind, seien die Mietpreissteigerungen deutlicher: Die lägen in Gütersloh bei 19, in Paderborn bei 23, in Herford bei 25 Prozent seit 2021.

Thomas Möller betont aber auch, dass die Kommunikation zwischen Akteuren auf Mieter- und Vermieterseite gut laufe. „Wir wollen auch nicht gegeneinander arbeiten!“ Denn die steigenden Mieten hätten auch mit höheren Grundstückspreisen, hohen Bau- und Sanierungskosten zu tun, die auch die Vermieter treffen.

## Wohnungskrise in Düsseldorf spitzt sich zu.

**Gemeinsam mit dem Bündnis „Wir wollen wohnen!“ fordern wir eine soziale Wohnungspolitik in den Kommunen.**

### DGB Region Düsseldorf

02.09.2025: Bezahlbares Wohnen: Am Samstag, den 30. August, waren wir beim Aktionstag „Wir wollen wohnen“ dabei! Gemeinsam mit einem starken Bündnis aus AWO, Mieterverein, Der Paritätische, DGB und weiteren haben wir ein klares Signal Richtung Kommunalwahl gesetzt: Wohnen muss bezahlbar sein!

Sigrid Wolf, Regionsgeschäftsführerin des DGB Düsseldorf Bergisch Land, betont: „Durch die hohen Wohnkosten haben Beschäftigte Probleme eine bezahlbare Wohnung in der Nähe ihrer Arbeitsstelle zu finden. Das führt zu erhöhtem Verkehrsaufkommen und Unternehmen haben Schwierigkeiten, Fachkräfte anzuwerben. Eine soziale Wohnungspolitik entlastet die Verkehrsinfrastruktur

[21]

und ist Teil kommunaler Wirtschaftsförderung. Diese Zusammenhänge müssen bei kommunalen Investitionsentscheidungen mitgedacht werden.“

Hinzu kommt: Wer eine Ausbildung beginnt, kann sich kaum eigenen Wohnraum leisten. Die Folge der hohen Mietpreise ist, dass junge Menschen vor der Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums in Düsseldorf zurückschrecken, wenn sie keinen bezahlbaren Wohnraum finden. Gerade in Zeiten zunehmenden Fachkräftemangels können wir uns solche Zustände nicht leisten! Deshalb fordern wir weiterhin die dringende Schaffung von Azubiwohnheimen.

Wohnen darf kein Luxus sein!

## Bochum: Mieten stark gestiegen

### Radio Bochum

03.09.2025: Der Mietspiegel in Bochum ist in vier Jahren um 20 Prozent gestiegen. Ursachen sind Wohnraummangel, Leerstand und fehlende Sozialwohnungen.

### Bochum: Ursachen für steigende Mieten

Allein in den vergangenen vier Jahren ist der Mietspiegel in Bochum um 20 Prozent gestiegen, im vergangenen Jahr um fünf Prozent. Hauptursache sei der enge Wohnungsmarkt, der von Wohnraummangel und hohem Leerstand geprägt sei. Das hat der Mieterverein Bochum auf Anfrage von Radio Bochum erklärt. Sprecher Martin Krämer sagt, dass viele Menschen gezwungen seien, die hohen Mieten zu akzeptieren, da es an Alternativen fehle. Ein weiterer Faktor sei der Mangel an Sozialwohnungen, der besonders Menschen mit geringem Einkommen betreffe.

### Bochum: Mieterverein stellt Forderungen an Lokalpolitik

Der Mieterverein Bochum hat anlässlich der Kommunalwahl Forderungen an die Stadt gestellt, um die Situation zu verbessern.

„Ganz zentral ist: den Wohnungsbestand erhalten. Also die Wohnungen mit Instandhaltungstau, die vielleicht nicht mehr bewohnbar sind, wieder dem Wohnungsmarkt zuzuführen, zu sanieren, auf jeden Fall den Abriss zu verhindern. Und auch den Leerstand zu beenden.“ - Martin Krämer, Mieterverein Bochum, Hattingen und Umgegend e.V.

<https://www.radiobochem.de/artikel/bochum-mieten-stark-gestiegen-2428782.html>